

Kein Fußbreit den Rechtspopulisten!



Kampagne „Zusammen handeln!“

Foto: Dirk Stegemann

An dem Protest gegen eine Versammlung von Pro Deutschland, die am 14. Dezember im Schöneberger Rathaus abgehalten wurde, beteiligte sich Maik Hennig, Mitglied der Basisorganisation DIE LINKE Schöneberg. Mit ihm sprach Alexander King.

AK: Über die Versammlung von Pro Deutschland in den Räumen des Rathauses war ja erst sehr kurzfristig informiert worden. Trotzdem kamen etliche, um ihren Protest auszudrücken. Du warst dabei. Warum?

MH: Ich finde es skandalös, dass heutzutage Rechte Zugang zu einem öffentlichen Gebäude, dazu noch im Rathaus Schöneberg, einem besonderen Ort in Deutschland, erhalten. Gerade in Zeiten, wo die Gefahr von rechts immer akuter und gleichzeitig allgemein viel zu sehr verharmlost wird, müssen wir umso aufmerksamer sein.

AK: In der letzten LUPE stand doch, dass das Oberverwaltungsgericht entschieden habe, das

Bezirksamt müsse Pro Deutschland keinen Raum für ihre Versammlung zur Verfügung stellen. Wie kam es, dass sich Pro Deutschland nun doch im Rathaus getroffen hat?

MH: Das entscheidende Problem ist, dass Gerichte auf den Gleichbehandlungsgrundsatz für Parteien bestehen. Also hat das Bezirksamt im letzten Jahr in seiner Nutzungsordnung für alle Parteien die Nutzung auf die örtlichen Parteigliederungen und für Veranstaltungen mit örtlichem Bezug begrenzt. Deshalb konnte Pro Deutschland nicht wieder einen Bundesparteitag im Rathaus durchsetzen. Stattdessen haben sie ihren Kreisverband als Veranstalter vorgeschoben und die Versammlung als Kreisverbandstreffen deklariert. Damit hatte das Bezirksamt nach eigenen Angaben keine Handhabe, die Veranstaltung zu unterbinden.

AK: Was war das für eine Versammlung? Wie viele Rechte haben daran teilgenommen?

MH: Ganze sieben. Ich bin froh, dass Pro Deutschland in Berlin noch nicht Fuß fassen konnte. Ihr im Vergleich zur NPD weniger dumpfes Auftreten halte ich jedoch für sehr gefährlich, zumal ihre Parolen nicht selten auch von der sogenannten bürgerlichen Mitte durch Verharmlosung, Relativierung usw. salonfähig gemacht werden. Ich denke nur an Familienministerin Schröder und ihre unsägliche Gleichsetzung von rechts und links.

AK: Wie ist der Protest abgelaufen? Was hast du erlebt?

MH: Aufgrund der Geheimhaltung durch das Bezirksamt bis zwei Tage vor der Veranstaltung konnten nur etwa 20 bis 30 Gegendemonstranten mobilisiert werden. Wir haben uns zunächst vor dem Haupteingang versammelt. Eine Hundertschaft von Polizisten hat uns dann daran gehindert, den Tagungsraum aufzusuchen. Durch Unterstützung der parallel tagenden Bezirksverordneten gelang es uns immerhin, bis vor den Sitzungsraum vorzudringen und unseren Unmut über das Treffen kundzutun. Eine Sprecherin der BVV hat zusätzlich eine Protesterklärung verlesen.



S-Bahn-Begehren: Erste Stufe erfolgreich!

31.870 Berlinerinnen und Berliner haben bis zum 23. Dezember für das **Volksbegehren „Rettet die S-Bahn“** unterschrieben. DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg hatte sich aktiv beteiligt und ca. 150 Unterschriften für den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens über die Verbesserung des S-Bahn-Verkehrs gesammelt. „Wir freuen uns, dass die erste Hürde genommen werden konnte“, erklärt der Bezirksvorsitzende Carsten Schulz: „Wir brauchen eine Berliner S-Bahn für alle in öffentlicher Hand, die preiswert ist und zuverlässig funktioniert.“

Beratung für Flüchtlinge dienstags von 11 bis 13 Uhr
Infos und Hilfe zum ALG 2 Dienstags von 13 bis 15 Uhr mit Klaus Jürgen Dahler in der Roten Insel

Roten Insel

Rathaus öffnen

Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.

Einwohnerfragen zur BVV:

Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.templehof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html>

Bürgerbegehren und

Bürgerbescheid:

Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist. Näheres: http://www.berlin.de/ba-templehof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html

Eingaben und Beschwerden:

Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-templehof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php>

Bürgerbeteiligung bei

Bebauungsplänen:

Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-templehof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebauungsplaene.html>

BVV-Sondermittel:

„Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art“.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-templehof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html>

Das fängt ja gut an: SPD-Grüne-Transparenz?

Solange die Ausschüsse der BVV noch nicht gebildet sind, können die Bezirksverordneten ihre Kontrollfunktionen nicht voll ausfüllen. Erst mit der Wahl der Bürgerdeputierten in der BVV am 14. Dezember kann es dann im Januar mit der Einrichtung der Ausschüsse losgehen. Dann besteht die Möglichkeit, die Dezernenten zu ihrem Fachgebiet zu befragen und Initiativen zur Beeinflussung der Bezirksamtspolitik zu starten. Die neue Zählgemeinschaft (SPD+Grüne) hat diese ausschussfreie Zeit offenbar überfallartig genutzt. Jedenfalls kann man die Kritik der CDU nachvollziehen, dass ohne Beteiligung der Verordneten und öffentliche Debatte schon heftig Fakten geschaffen werden: Beispiel 1: Mit einem Antrag „Senioren betreuen: künftig nur noch als ‚Sparversion‘?“ (Drs. 0016) machte die CDU öffentlich, dass ohne Information von Verordneten und Öffentlichkeit die Seniorenbetreuung umstrukturiert wird. Die Stadträtin Dr. Klotz (Die Grünen) ist wohl schon dabei, diese

Aufgabe zukünftig sozialraumorientiert aufzuteilen und die zentrale Organisation aufzulösen. Dabei sollen weder die Seniorenvertretung noch Senioreneinrichtungen einbezogen worden sein.

Beispiel 2: Der CDU-Verordnete Zander kritisierte in einer Mündlichen Anfrage, dass die auf Beschluss des Hauptausschusses (Sept. 2009) eingerichtete Stabsstelle „Beauftragte für das Flächenmanagement“ nicht mehr persönlich dem zuständigen Stadtrat unterstellt ist. Bei der Einrichtung des Bezirksamts wurde die damalige Festlegung ohne Einbeziehung und Mitteilung an die BVV aufgehoben und die Stabsstelle der Bezirksbürgermeisterin unterstellt.

Die ausführliche Lyrik von SPD und Grüne in der Zählgemeinschaftsvereinbarung zu Transparenz hält also schon bei den ersten Entscheidungen des neuen Bezirksamts nicht den Tatsachen stand.

Harald Gindra

Kita in Albrechtstraße erhalten

Die evangelische Kirchengemeinde Alt-Tempelhof plant eine Kita zu schließen (siehe Dez.-Ausgabe der LUPE). Sie hatte als Freier Träger bis zum 14.12. kein Gespräch darüber mit dem zuständigen Jugendamt gesucht. Die BVV hat einen einvernehmlichen Beschluss zur Unterstützung der Eltern gefasst, siehe unten. DIE LINKE kritisierte jedoch aus diesem Anlass, dass weder beim Senat noch bei der Bezirksamtsmehrheit (SPD+Grüne) absehbar ist, die Kita-Eigenbetriebe stärken zu wollen. Deren Anteil an Kita-Plätzen ist 2010 auf

nur noch 19% zurückgegangen. Angesichts solcher Unsicherheiten bei Freien Trägern - wie eigennützige Schließungen - wäre der Aufbau von zusätzlichen Kita- und Krippenplätzen, die in den nächsten Jahren gebraucht werden, im Eigenbetrieb anzusiedeln. Dazu müsste aber Geld in die Hand genommen werden! Dann wäre auch die Übernahme eines solchen vakanten Standorts denkbar.

Harald Gindra

Dokumentiert Drucks. Nr. 0026/XIX - Einstimmiger Beschluss der BVV Sicherung von Kitaplätzen in der Region Alt-Tempelhof

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Kita Albrechtstraße der evangelischen Kirche ihren Betrieb im bisherigen Umfang fortsetzen kann und auf eine anderweitige Grundstücksverwertung durch den Träger verzichtet wird. Das Bezirksamt wird ferner ersucht zu prüfen, wie die Betreuung aller Kinder, die von einer Schließung der Einrichtung betroffen wären, möglichst in räumlicher Nähe der bisherigen Kita gewährleistet werden kann.

Der BVV ist bis zum 29. Februar 2012 zu berichten.

Aus der Begründung der SPD zum Antrag:
Der evangelischen Kita in der Albrechtstraße

106 droht in absehbarer Zeit eine Schließung bzw. eine drastische Verkleinerung. Der Träger, die evangelische Kirchengemeinde Alt-Tempelhof, hat angekündigt, das Grundstück veräußern zu wollen. Damit werden 103 Kitaplätze (davon 30 Krippenplätze) entfallen, 14 ErzieherInnen und 6 Verwaltungs- und Wirtschaftskräfte werden ihre Arbeit verlieren. Für den Sozialraum bedeutet dies den Wegfall von mehr als einem Siebtel der Kitaplätze. Angesichts der demographischen Entwicklung und der Einführung eines Rechtsanspruchs schon für Kinder ab dem 2. Lebensjahr wäre der ersatzlose Wegfall der Plätze in der Region Alt-Tempelhof kontraproduktiv und schädlich.

BVV am 14. Dezember

Kita Albrechtstraße: Bewegung in der Sache, aber noch kein Erfolg

Mit einer Großen Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen und einem Antrag der SPD wurden Fragen und Forderungen aufgeworfen, wie es nach der Schließung der Kita Albrechtstraße im Sinne der Eltern weitergehen könnte. Auf der letzten BVV-Sitzung hatte es vom Bezirksamt Versprechungen an die betroffenen Eltern gegeben, dass man sich kümmern werde (s. November-Lupe). Zunächst gibt es noch kein bekanntes Datum, ab wann die Betreuung der Kinder durch die evangelische Kirchengemeinde (ev. KG) beendet wird. Faktisch trifft es 69 der über 100 Kinder, die übrigen verlassen die Kita im Sommer. Es gäbe lediglich Gespräche der ev. KG mit anderen Trägern, die bei Interesse an einer Trägerschaft allerdings das Grundstück und die Immobilie kaufen müssten. Scharf kritisiert wurde von Harald Gindra, dass die Kita-Eigenbetriebe, aus finanziellen Gründen, so Stadtrat Schworck (SPD), als Träger nicht in Frage kämen. Aber gerade diese Option wäre im Sinne der LINKEN, ein wirkliches Übernehmen von Verantwortung in der Fürsorgepflicht. Die Forderung des SPD-Antrags an das Bezirksamt, sich darum zu bemühen, dass die ev. KG den Betrieb weiter fortführt, ist dagegen unverständlich, zumal die ev. KG nicht gerade vertrauensfördernd gehandelt hat, sowohl was ihr Verhalten gegen-

über den Eltern betrifft, als auch begründet in der fehlenden Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt auf der Suche nach Lösungen.

Was wird aus treberhilfeinsolventem Schulgrundstück?

Eine Mündliche Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen und von DIE LINKE bezieht sich u.a. genau auf diese Frage. Das Grundstück der ehemaligen Schwielowsee-Schule ist nach Aussage von Stadträtin Klotz (B.90/Grüne) Teil der Insolvenzmasse der Treberhilfe. Diese Tatsache war vorher nicht gewiss. Es hatte in den Medien Gerüchte gegeben, dieses Grundstück sei vor der Insolvenz an eine Tochtergesellschaft der Treberhilfe verkauft worden. Nun heißt es, das Grundstück werde durch den Insolvenz-Verwalter vermarktet. Jedoch gibt es bezüglich der Nutzung seit September 2010 eine planrechtliche Festsetzung mit Gemeinbedarfsbindung. Ausschließlich eine Einrichtung für Bildung, Kultur oder Soziales soll demnach auf dem Gelände betrieben werden können. Harald Gindra machte die Anmerkung, dass mit dem ehemaligen Treberhilfe-Chef Ehlert ein Familienzentrum geplant worden sei. Daran wollte oder konnte Fr. Klotz sich nicht mehr erinnern. Ab Januar 2012 sollen Gespräche mit dem Insolvenz-Verwalter geführt werden, bei denen sich hoffentlich die bezirklichen Belange durchsetzen werden.

Elisabeth Wissel

Unsere Bezirksverordneten



Elisabeth Wissel

Telefon: 01577 34 62 721
wissel.elisabeth@
googlemail.com



Harald Gindra

Tel: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.
com

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Weitere BVV-Vorlagen Dezember 2011

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und dessen Beratungsergebnisse auf. (Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlussempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Suchtberatung in Tempelhof vor dem aus? (Drs. 0038 Gr.Anfrage von SPD) Ergebnis: aus Zeitgründen - Beantwortung in Ausschuss Gesundheit
- Prioritätenliste der Instandsetzung, Sanierung und Investition (Drs. 0015 Antrag der SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Rechtsextremismusbericht (Drs. 0017 Antrag der SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Stärkere Überprüfung von Ferienwohnungen (Drs. 0019 Antrag der CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Bebauungsplanverfahren durch Statusberichte transparenter gestalten! (Drs. 0020 Antrag der SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Gedenken an Rosa Luxemburg (Drs. 0023 Antrag der SPD) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bildung und Kultur (KL)
- Übertragung der Sitzungen der BVV im Internet (Drs. 0024 Antrag von B'90 / Die Grünen) auf Jan.-BVV vertagt
- Abgabe bezirklicher Liegenschaften an den Liegenschaftsfonds (Drs. 0028 Antrag der SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Sondermittel - Initiative Hilde Radosch Gedenkort (Drs. 0039 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Verurteilung der Zerstörung von „Stolpersteinen“ (Drs. 0036 Antrag von allen Fraktionen) Ergebnis: einstimmig angenommen
- Sondermittel - Weihnachtsfeier für bedürftige Kinder - 318,88 € Restmittel (Drs. 0045 Antrag von allen Fraktionen) Ergebnis: einstimmig angenommen
- Tageseltern - Lebensmittelunternehmer? (Drs. 0013 Gr.Anfrage von B'90) aus Zeitgründen - Beantwortung in Jugendhilfeausschuss
- Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2012 vom Team QM Schöneberger Norden (Drs. 0034 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Haupt-, Gesundheit-, Stadtplanung- sowie Integrationsausschuss (KL)

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg,

Raum 2036
Tel: 030/ 90 2 77 4898

Sprechstunde: (Neu)
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Arbeitskreis Kommunales (AKK)
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

Akk-Termine:
Sitzungsvorbereitung:
Montag, 16.01.2012 um 19 Uhr, im Rathaus Schöneberg, Raum 2036.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mi., 18. Januar 2012 um 17 Uhr, im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Dokumentiert unter: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp>

Aktuelles aus und über Kuba Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Zum Jahreswechsel möchten wir uns ganz herzlich bei allen Spenderrinnen und Spendern für die Unterstützung der Projekte in Kuba und Haiti sowie der Öffentlichkeitsarbeit der Freundschaftsgesellschaft bedanken. Ebenfalls herzlichen Dank für die Unterstützung und Kooperation an alle Publikationen, Internetportale, Organisationen, Solidaritätsgruppen, Gewerkschafter, Hilfsorganisationen und die vielen Einzelpersonen, durch die, die Solidaritätsarbeit in dem geleisteten Umfang möglich gemacht worden ist. Für 2012 wünschen wir ein schönes und weiterhin widerständiges Jahr.

Wir verändern die Welt: XVII Internationale Rosa Luxemburg Konferenz

Kuba auf der 17. Internationalen Rosa-Luxemburg Konferenz am Samstag den 14. Januar 2012, Einlass ab 10:00 Uhr, URANIA-HAUS, An der Urania 17, 10787 Berlin Schöneberg, zu Gast: Pedro Noel Carrillo Alfonso - Mitglied des Ressorts Internationale Beziehungen im ZK der KP Kubas Kulturprogramm, 16 Uhr: Solikonzert für die Cuban Five, Botschaft von René González, freigelassener kubanischer Kundschafter (Cuban Five) Siehe: www.fgbrdkuba-berlin.de/infos/info/rlk.html
Wir verändern die ...:
www.rosa-luxemburg-konferenz.de

4 DIE LUPE JANUAR 2012

Bedingungsloses Grundeinkommen ist keine Alternative zu Tariflohn und ALG II

Wer wünscht sich nicht eine humane, gerechte Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Diese Lebensweise muss erkämpft und immer wieder gefordert werden. Wer jedoch glaubt, dass das bedingungslose Grundeinkommen (BG) ein Weg zu einer humaneren Gesellschaft wäre, befindet sich auf dem Holzweg. Das BG wäre, wie der Name schon sagt, ein Einkommen für alle. Ein Millionär oder ein Habenichtswürden nach dieser Konzeption monatlich eine bestimmte Summe Unterhalt vom Staat bekommen. Auffallend bei dieser Debatte ist, dass sich nicht nur Teile der ALG II-Empfänger mit der Idee des BG anfreunden – bei den derzeit herrschenden Bedingungen und Sanktionen ist dies noch verständlich – sondern maßgeblich auch Ideologen des Kapitals. Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut, der ehemalige Chef der Drogeriekette DM, Teile der Unternehmerpartei FDP, Führungsgremien der Grünen, eine überwältigende Mehrheit der PIRATEN und auch eine Minderheit in unserer Partei um Katja Kipping (stellvertretende Parteivorsitzende) führen Streitgespräche darüber. Der Wert der Arbeit und der Wert eines Menschen werden bei dieser Betrachtung nicht berücksichtigt, obwohl beides miteinander zusammenhängt. Arbeit schafft Wert, Arbeit muss gerecht entlohnt werden und der Mehrwert der Arbeit muss der Gesellschaft zugutekommen. Durch die Umsetzung des BG würden die Werkstätten politisch gespalten und die Gewerkschaften geschwächt werden. Lohndumping und

Profitmaximierung für die Unternehmer wären dann die Regel. Das BG hätte ebenso eine profitgierige Kostenexplosion in der Lebenshaltung zur Folge (z.B. Miete). Und eine wirkliche Freiheit für die ALG II-Empfänger wäre diese Art von Alimentierung nicht, denn dann wären sie erst recht von dem arbeitenden Teil der Menschen ausgegrenzt. Befürworter des BG lassen den Wert selbstbestimmter Arbeit und die Bedeutung selbstverdienten Geldes außer Acht. Denn selbstbestimmte Arbeit ist für das Selbstwertgefühl, die Ausbildung geistiger Fähigkeiten sowie die psychische und körperliche Gesundheit eines Menschen mitverantwortlich. Der Mensch würde entwertet und das würde schon in der Schule beginnen, denn wozu sollte die Gesellschaft hohe Bildungskosten ausgeben, wenn für über 50% sowieso keine Arbeitsplätze mehr geschaffen würden. Gerechte und faire Lebens- und Arbeitsbedingungen sehen anders aus: Arbeit für alle bzw. sanktionsfreies Mindesteinkommen, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Mitbestimmung über Arbeitsbedingungen und Produktion. Das wäre ein Anfang für eine humane und gerechte Welt. Die Diskussion zum BG und der Knappheit von Arbeit allgemein wird auch in unserer Partei weitergehen – Interessierte sind aufgerufen / eingeladen, sich aktiv daran zu beteiligen.

Elisabeth Wissel

Braunes Treiben zurückdrängen

Dokumentiert

Folgende Willensbekundung wurde auf der BVV am 14. Dezember vorgetragen und anschließend einstimmig angenommen.

Dokumentiert: Drucks. Nr. 0036/XIX

Für eine offene freie Gesellschaft – gegen das Vergessen

Wir verurteilen die Zerstörung unserer Stolpersteine

Die Bezirksverordnetenversammlung bekundet folgenden Willen:

In der Nacht zum Mittwoch, dem 23. November 2011, wurde die Informationstafel der Initiative Stolpersteine in der Stierstraße in Friedenau umgestürzt.

In dieser Straße wurden bislang 54 Stolpersteine platziert, auf denen deportierte und ermordete deutsche Bürger und Bürgerinnen beim Namen genannt werden. Mit diesen Steinen wird darauf hingewiesen, dass diese Menschen selbstverständlich zur Berliner Gesellschaft gehörten, bis sie dann gewaltsam aus diesem geteilten Leben herausgerissen wurden. 16.000 Juden und Jüdinnen lebten 1933 in Schöneberg. In der Stierstraße befand sich auch bis zu seiner Zerstörung 1938 ein Gebetsraum des "Jüdischen Religionsvereins Friedenau, Steglitz und Umgebung e.V." Auf all dies wurde auf der Informationstafel hingewiesen.

Immer wieder werden in Deutschland, aber auch ganz Europa, jüdische Grabmäler geschändet, Stolpersteine gestohlen, unleserlich gemacht, mit Hakenkreuzen beschriftet – im Bezirk Tempelhof-Schöneberg fand das 2010 in der

Gleditschstraße statt, 2008 in mehreren Straßen in Wilmersdorf. In den vergangenen zehn Jahren wurden bundesweit 700 Stolpersteine beschädigt. Aber: Seit 2000 wurden europaweit 32.000 Steine verlegt, in Berlin rund 2000, davon im Bezirk Tempelhof-Schöneberg 400. Das ist gut so, denn jede dieser Erinnerungssäulen aus Messing bedeutet, dass Menschen sich eingehend mit dem Leben und Schicksal der auf dem jeweiligen Stein genannten Person beschäftigt haben.

Wir rufen die Bürgerschaft auf, die Schulen, Nachbarschaften und Vereine in Tempelhof-Schöneberg, sich in der Ausstellung "Wir waren Nachbarn" hier im Schöneberger Rathaus darüber zu informieren, was in ihren Straßen, Häusern und Wohnungen in der Zeit des Nationalsozialismus passiert ist. Und, wenn sich Leute zusammenfinden, weiter zu forschen und evtl. weitere Stolpersteine mit weiteren Namen in die Bürgersteige unseres Bezirks einzupassen.

In der offenen, freien Gesellschaft, die wir wollen, ist für den Ausschluss von Menschen kein Platz, schon gar nicht aus rassistischen, ausländerfeindlichen, antisemitischen wie islamfeindlichen Gründen oder weil sie behindert oder nur irgendwie anders sind. Um sich dieser Nachkriegsüberkunft zu vergewissern, die zuerst in der Verfassung und allmählich auch im Bewusstsein der großen Mehrheit der Deutschen ihren festen Platz gefunden hat, ist es gut, sich immer wieder an die schlimmen Zeiten zu erinnern, die dem vorausgegangen waren. Und immer wieder eindeutig Stellung zu beziehen.

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Graben – Stolpern – Erinnern.

30 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt e.V.

Am 25. Mai 1981 wurde im Kreuzberger „Mehringhof“ die Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (BGW) gegründet. Die BGW war eine der ersten, wenn nicht sogar die erste Institution ihrer Art in (West-)Deutschland. Anspruch der Laien und Historiker war, nach dem Motto „Grabe, wo du stehst“ die Alltagsgeschichte zum Gegenstand der Geschichtsvermittlung zu machen. Besonders Augenmerk lag dabei auf der weitgehend verdrängten und bis dato nur mangelhaft aufgearbeiteten Geschichte des Faschismus in Deutschland.

Die Erinnerung vor Ort sollte insbesondere die Opfer der Anonymität entreißen und verdeutlichen, dass sich Faschismus nicht weit entfernt, sondern „direkt vor der Haustür“ ereignet. Die Menschen sind in ihrem Umfeld unmittelbar beteiligt und sollen sich über ihr Handeln und gerade auch Nichthandeln Rechenschaft ablegen.

So verstanden (und verstehen) wir „Geschichte von unten“ als basisdemokratisch-emanzipatorischen Ansatz der Geschichtsschreibung, der die „kleinen Leute“ – ob als Opfer oder Täter – nicht nur als passives Objekt, sondern als aktives Subjekt, als Akteur der Geschichte versteht („Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern“ – im Positiven wie im Negativen). Die eigenen Handlungen der Menschen werden in den Mittelpunkt der Geschichtsvermittlung gestellt. Damit sich Faschismus nie wieder ereignet, müssen die Menschen antifaschistisch handeln, gerade auch, wenn die „großen Leute“ sich anschicken, die Geschichte nach ihrem Gusto zu lenken.

Zeitzeugen des Faschismus – insbesondere die, die unter ihm litten und/oder ihm widerstanden – spielten (und spielen) eine wesentliche Rolle. Als lebendige und authentische geschichtliche Quelle geben sie den Opfern Namen und damit eine Individualität als Menschen. Durch ihre authentischen Schilderungen machen sie den NS-Terror und die Unterdrückung sinnlich erfahrbar, lösen beim Zuhörer Betroffenheit, Empathie und individuelle Anteilnahme aus – eine wesentliche Voraussetzung für eigenes emanzipatorisches Handeln in der Gegenwart vor dem Hintergrund kollektiver geschichtlicher Erfahrung.

Die neue Methode war daher, die Menschen reden zu lassen (Oral History – Erzählte Geschichte) und die Geschichte auch als Geschichte des unmittelbaren Lebensfeldes der Menschen darzustellen.

Die Berliner Geschichtswerkstatt hat auf dieser Basis im Laufe ihres Bestehens zahlreiche Projek-

te zur Berliner Stadtgeschichte durchgeführt und sich in politische Auseinandersetzungen mit geschichtlichem Hintergrund eingemischt.

Aus Anlass des 30-jährigen Bestehens findet im Zeitraum Dezember 2011 bis Mai 2012 eine Veranstaltungsreihe der Berliner Geschichtswerkstatt statt. Sie geht den Fragen nach, ob und wie die Geschichtswerkstättenbewegung die traditionelle Geschichtsvermittlung beeinflusst hat und inwieweit die neue Methode und der neue Betrachtungsfokus ihr emanzipatorisches Ziel erreicht haben. Zwei Veranstaltungen im Dezember haben bereits stattgefunden: So ein Stadtspaziergang „Von der Industriespree zur Mediaspree“, bei dem die historische Entwicklung der Gegend rund um den Osthafen und die Schlesische Straße vom 18. Jh. bis in die Gegenwart nachgezeichnet wurde, und eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Erinnern vor Ort“, bei der anhand von Beispielen aufgezeigt wurde, wie an authentischen historischen Orten Geschichte erlebbar gemacht werden kann. Vorgestellt wurden das Projekt „Stolpersteine in Berlin-Lichtenrade“ (seit 2007 erinnern 33 Stolpersteine an 13 Adressen an NS-Opfer im Ortsteil) sowie das Mobile Museum der Geschichtswerkstatt aus den späten achtziger Jahren – ein ausgemusterter Doppeldeckerbus der BVG, der zu einem Ausstellungsraum umgebaut und dann am jeweiligen Ort des Ausstellungsthemas in der Stadt platziert wurde (Beispiel: Ausstellung zum Thema „Euthanasie – Aktion T4 – Die Mordzentrale in der Tiergartenstraße 4“ im Jahre 1987). Beate Winzer vom „Förderverein zum Gedenken an Nazi-Verbrechen um und auf dem Tempelhofer Flugfeld“ stellte das aktuelle Ziel vor, Gedenk- und Informationsorte für die Opfer des KZ Columbiahaus und die mit der in den 40er Jahren praktizierten Rüstungsforschung und Produktion in Verbindung stehende Zwangsarbeit im Flughafengebäude und auf dem Tempelhofer Feld zu verwirklichen.

Die kommenden Veranstaltungen widmen sich den Themen „Geschichtswerkstatt versus Regionalmuseum“ (30. Januar 2012), „30 Jahre Geschichtsschreibung von unten“ (Februar 2012), „Direkt vor der Haustür – Gedenkorte zum Nationalsozialismus“ (März 2012), „Antifaschistische Bildungsarbeit mit Zeitzeugen“ (April 2012) und „Mit dem Schiff durch die Berliner Geschichte“ (Mai 2012). Die genauen Daten und Informationen zu diesen Veranstaltungen können der Internetseite der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. entnommen werden: www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Andreas Bräutigamm

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Und dann der Regen

In der Preview dieses Filmes am 12.12.2011, in den Hackischen Höfen präsentiert, diskutierten Alfredo Candia Torrico (Bolivianische Botschaft), Markus Kliesen (Berliner Wasser-tisch), Gerlinde Schermer (Berliner Wasser-tisch), Carl Wassmuth (Gemeintut in BürgerInnenhand), und Dorothea Härlin (Attacberlin und Aquattac), von der Bewegung in Bolivien inspiriert, über gemeinsame Strategien gegen den Privatisierungstrend. „**Und dann der Regen**“ von Iciar Bollain spielt im Jahr 2011 in Bolivien, „während der **Wasserkriege in Cochabamba**“. Der mexikanisch-spanisch-französische Film dokumentiert zum Teil „*Dinge, die im Leben wichtiger sind, als einen Film zu drehen*“, neben der unbrennbaren Gier nach Macht und Gold. Das Drehbuch von Paul Laverty des „*doppelbödigen Dramas*“ versucht das „Humane“ einiger Konquistadoren zu zeigen, was zum Beispiel auf die Figur des „guten“ Priesters projiziert wird, der die kriminellen Taten der „Konquistadoren“ kritisiert. Somit will der spanische Teil des Filmes zur eigenen Geschichtsbearbeitung beitragen. Der Film erzählt über nur einen von den vielen anderen Kämpfen, die in der heutigen „*globalisierten Welt*“ geführt werden, nämlich über den Kampf um das Trinkwasser, „ein Menschenrecht“ nach den **10 Geboten zum „Gut Leben“** von Evo Morales, heute im neuen bolivianischen Grundgesetz verankert. Ein Lebenskampf, welcher für Costa (der Regisseur im Film), „*nur ein Moment im Leben sei, der schnell vergessen werde, während der Film viel wichtiger sei, da dessen Bilder ewig im Kopf blieben*“. Auch im OmU „**También la Iluvia**“ ab **29.12.2011 im Kino**. G. Irazoque

DIE LUPE JANUAR 2012

5

Willkommen zuhause? Die Situation der Roma in der EU Konferenz im Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Dezember 2011.

12 Millionen Menschen in Europa erleiden Tag für Tag systematische Diskriminierung. Die Roma und Sinti sind die größte Minderheit Europas. Über 60 Jahre nach dem Völkermord an 500.000 Roma und Sinti durch die deutschen Nazis werden die Angehörigen dieser Volksgruppe fortwährend und zuletzt wieder zunehmend verfolgt und ausgegrenzt. Am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember, befasste sich eine Konferenz der LINKEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dieser Situation.

In beklemmenden Berichten von Roma-Aktivistinnen aus unterschiedlichen europäischen Ländern wurde die dramatische Situation dargestellt: Die Roma werden vielerorts sozial ausgegrenzt, geächtet und sind zunehmend Opfer von Willkür und – z.T. staatlich geduldet oder sogar geförderter – Verfolgung. Auch in Deutschland haben wir allen Grund, uns für gleiche Teilhabe und gegen Vorurteile zu engagieren: Roma und Sinti wurden jahrzehntelang nicht als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Weiterhin leben in der deutschen Bevölkerung Intoleranz und Stereotypen gegenüber Roma und Sinti fort. Umso erfreulicher, dass am 11. Dezember an der Stelle des ehemaligen Roma-Internierungslagers in Marzahn mit tatkräftiger Unterstützung durch DIE LINKE das Mahnmal für die Opfer eingeweiht werden konnte:

[www.die-linke-berlin.de/index.php?id=10836&tx_ttnews\[backPid\]=24743&chash=28c8451a37](http://www.die-linke-berlin.de/index.php?id=10836&tx_ttnews[backPid]=24743&chash=28c8451a37)

6 M. Hennig, A. King
DIE LUPE JANUAR 2012

Werkverträge gleich Leiharbeit hoch zwei – Bericht von der Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE am 06.12.2011(8.11.)



Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen greift ein weiteres Werkzeug sozialer Ungerechtigkeit um sich, gefördert von der Koalition aus CDU, SPD, Grünen und FDP. Es nennt sich harmlos „Werkvertrag“.

In einer Anhörung mit Wissenschaftlern, Betroffenen, Gewerkschaftern, Juristen und Fachpolitikern setzte sich DIE LINKE mit den Gefahren dieser Praxis auseinander.

Andere einschlägige Maßnahmen – wie befristete Arbeitsverträge, Minijobs, Scheinselbstständigkeit oder Leiharbeit – werden inzwischen selbst in reaktionären Leitmedien kritisch beurteilt oder haben durch Teilerfolge wie Branchenmindestlöhne oder dem equal-pay-Prinzip ihren Reiz für Arbeitgeber verloren.

Um dem „Mindestlohn“ die Zähne zu ziehen, bevor er überhaupt eingeführt ist, wird der Werkvertrag von Politik und Wirtschaft in Stellung gebracht. Tarifvertragliche Arbeit wird damit noch massiver als bisher zurückgedrängt, menschliche Arbeit wird auch in bisher von Liberalisierung verschonten Branchen „flexibilisiert“ und den Gesetzen der „Märkte“ konsequenter denn je unterworfen.

Weiteres Lohndumping wird betrieben

Wie funktioniert der Werkvertrag und wozu führt er? Die Handlanger des „marktwirtschaftlichen“ Systems berufen sich auf bestehende Gesetze: Jeder hat schon einmal einen Handwerker beauftragt, einen tropfenden Wasserhahn, ein zerbrochenes Fenster per Werkvertrag zu reparieren. Wir schulden dem Auftragnehmer für die Leistung, also den Erfolg seines Werkes, ein Entgelt.

Diese allgemein akzeptierte Beziehung zwischen Leistungsnehmer und -erbringer wurde ursprünglich zeitlich und auf eine konkrete Sache begrenzt, inzwischen aber auf ganze Dienstverhältnisse ausgedehnt. Ein Unterschied zur Lohnarbeit ist die Übertragung der gesamten sozialen Absicherung auf den Arbeitnehmer. Arbeitswissenschaftler unterscheiden zwischen Schein- und echten Werkverträgen: Erstere sind ein anderes Wort für die in Verruf geratene Leiharbeit, zusätzlich werden noch weitere Pflichten und Risiken wie Krankheit,

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Fürsorgepflicht, Fortbildung oder Erfolg des Werkes vom Arbeitgeber auf den Arbeitenden abgewälzt.

Bei echten Werkverträgen werden noch mehr erstrittene Rechte des Arbeitnehmers geschleift und die Grenze zur Sittenwidrigkeit endgültig überschritten: Regelungen des Arbeitsschutzes oder der Arbeitssicherheit werden durch ein Geflecht von General- und Subunternehmern außer Kraft gesetzt und sind wegen der Vollzugsdefizite in Aufsichtsbehörden kaum kontrollierbar. Die selten verhängten Vertragsstrafen bei Mindestlohnüberschreitungen oder Abgabehinterziehungen sind symbolisch und werden von den verantwortlichen Firmen einkalkuliert.

Seinen zweifelhaften „Erfolg“ verdankt der Werkvertrag der Einschüchterung der Betroffenen: In der Anhörung am 6.12.2011 wird von Fällen aus ganz Deutschland in verschiedenen Branchen (Handel, Industrie, Dienstleistungen, Bildung) berichtet. Es wird dabei mit der Angst der Mitarbeiter und ihrer Ausweglosigkeit gespielt. Nacharbeit wird angeordnet und nicht bezahlt (im Lohnsektor untersagt), es wird also Stück- statt Zeitlohn gezahlt, und das auch nur, wenn der Dienstherr mit der Qualität des Werkes oder der Leistung einverstanden ist.

Zwischengeschaltete (Leih-)Firmen erhalten in einem Beispiel mit 5,50€ fast 50% der Stundensätze von 12€ und sind neben den Auftraggebern damit die weiteren Gewinner.

Beschäftigte werden eingeschüchtert und gegeneinander ausgespielt

Neben fehlender gewerkschaftlicher Bindung der Arbeitenden kommt hohe Fluktuation hinzu, die eine gewerkschaftliche Organisation oder Solidarisierung der Stammbeslegschaft verhindert. Bei Beschäftigung von KollegInnen aus dem EU-Ausland oder mit anderer Hautfarbe kann sich Ausländerfeindlichkeit einstellen, denn oft nehmen Menschen mit Migrationshintergrund Jobs unter 5€ pro Stunde und kaum zu erfüllende Normen (wie das Putzen von 50 Toiletten pro Stunde) ohne Murren an, weil ihre wirtschaftlich-soziale Lage noch schlechter ist als die von inländischen Beschäftigten.

Mindestlohnforderungen gehen ins Leere, denn Betriebsrat und Gewerkschaften haben auf Werkverträge keinen Durchgriff. Betriebsverfassungs- und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz sind nicht anwendbar! Zusätzlich ist auf Seiten der Werkvertragsarbeiter eine Vertretung ihrer Interessen manchmal nicht erwünscht, da dies mit Vertragskündigung und Jobverlust verbunden sein kann.

Fortsetzung auf Seite 7

Werkverträge gleich Leiharbeit hoch zwei ...

Es entstehen Parallelstrukturen, Belegteile werden gegeneinander ausgespielt.

Angehörigen von Stammbesellschaften werden Werkverträge als Ausweg bei drohender Arbeitslosigkeit schmackhaft gemacht. Damit werden Arbeitnehmervertretungen geschwächt und Betriebe ganz von ihnen „befreit“. In diesem Zusammenhang ist der Ausfluss der Regierung: „Die Tarifautonomie darf nicht untergraben und von der Politik beeinflusst werden.“ besonders unverschämt: Erst den Einfluss der Gewerkschaften minimieren und dann von ihnen zu fordern, Schieflagen zu korrigieren, ist schlicht widerwärtig. So etwas hat zu anderen Zeiten und in anderen Ländern schon zu erfolgreichen Volksaufständen geführt. Und: Wer sind neben Union und FDP seit 1998 Akteure und später Zuschauer bei der Ausbeutung von Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten? Grüne und SPD. Das ist ein Skandal, zumal sich die SPD den Kampf für Arbeitnehmerrechte auch auf ihrem jüngsten Parteitag erneut auf ihre stark verblichenen roten Fahnen geschrieben hat.

Neu sind Werkverträge nicht. Als „Outsourcing“

werden sie schon seit Jahrzehnten eingesetzt. Doch die aktuelle Größenordnung der Umwandlung von normalen und den ohnehin fragwürdigen Leiharbeitsverhältnissen in Werkverträge ist besorgniserregend. Wurden Werkverträge bisher für die Auslagerung und zur Lohnsenkung bei Dienstleistungen wie Kantinendiensten, Reinigungsarbeiten

oder Wachschutz eingesetzt, finden sie sich nun verstärkt in betrieblichen Kernbereichen wie Entwicklung, Fertigung, Informatik, Buchhaltung sowie im Einzelhandel, in Lager-, Pack- und Zustelldiensten. Das Goethe-Institut, staatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Lehr- und Forschungsinstitute und auch der Bundestag greifen gerne auf diese „elegante“ Form moderner Ausbeutung zurück.

Menschen werden zur Sache degradiert

Beim Werkvertrag handelt es sich um *Sachmittel*beschaffung. Für den Abschluss sind nicht Personalabteilung und Betriebsrat zuständig, sondern der Einkauf. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Eine wachsende Zahl von Beschäftigten wird nicht mehr als Menschen, sondern als Sachen behandelt. Löhne werden als Materialkosten gebucht! DIE LINKE prüft daher Verstöße gegen die Menschenrechtscharta der EU sowie den Artikel 1 des Grundgesetzes („Die Würde des Menschen ist unantastbar.“).

Einzelne jüngere Gerichtsurteile, die Werkverträge

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

als nichtig ansehen und die Berücksichtigung von Arbeitnehmerrechten fordern, lassen vorsichtig hoffen, sie helfen jedoch nicht die von der Regierung geduldete Dunkelziffer zu verringern. Sie bieten nur Unterstützung für die Wenigen, die es sich leisten können oder den Mut aufbringen, sich gegen Unrecht zur Wehr zu setzen.

Werkverträge sind die Steigerung prekärer Beschäftigungsformen und höhlen Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte weiter aus. DIE LINKE bittet Betroffene und von prekärer Beschäftigung Bedrohte um Belege und Hinweise, um gegen diese unmenschliche Politik vorzugehen und eine gesellschaftliche Stimmung gegen arbeitnehmerfeindliche Praktiken und die Rechtebeschneidung Wehrloser zu organisieren. Wir rufen alle auf, sich – gern auch anonym, aber möglichst mit belastbaren Nachweisen, wie Vertragsumwandlungen, Briefen oder Emails von Unternehmensleitungen, Personalmanagern – an unsere Geschäftsstelle zu wenden. Wir bitten weiterhin, Familienangehörige, Freunde, Nachbarn zu informieren und zu mobilisieren, die Politik der neoliberalen Koalitionäre zu bekämpfen. DIE LINKE bietet dazu eine Plattform.



Die Anhörung endete mit der Diskussion von politischen Maßnahmen, um dem Druck durch Werkverträge zu begegnen. Dazu zählen:

- obligatorische Eingliederung aller Unternehmen in Arbeitgeberverbände,
- verbindliche Vergabegesetze der öffentlichen Hand mit Mindestlöhnen und Standards, wie sie im BetrVerfG oder AÜG bereits festgeschrieben sind,
- Regulierung über das Sozialrecht: Unternehmen mit hoher Mitarbeiterfluktuation haben höhere Arbeitgeberanteile an die Sozialversicherungen zu entrichten, um den Mitarbeiterwechsel zu reduzieren.

Die Krux bei allen Vorschlägen: Eine Mehrheit für die Initiativen ist derzeit nicht in Sicht und selbst wenn: Gesetze unterliegen der Gefahr, dass sie unterlaufen werden. Daher: Wahlentscheidungen auf den Prüfstand stellen, runter vom Sofa und gesellschaftliches Engagement in Alltag und Beruf erhöhen. DIE LINKE steht bereit.

Maik Hennig

Veranstaltung zum Thema „Strategien gegen Mieterverdrängung in Tempelhof-Schöneberg“ und Neujahrsempfang

Die Veranstaltung findet am **Freitag den 13. Januar um 17 Uhr**, in dem **John F. Kennedy Saal des Rathauses Schöneberg** mit unserem wohnungspolitischen Sprecher aus dem Abgeordnetenhaus **Uwe Döring**, sowie **Franz Parteder** von der KPÖ (Steiermark), der über die dortigen mietenpolitischen Probleme berichten wird und was die KPÖ sehr erfolgreich in der Landeshauptstadt Graz dem entgegengesetzt, statt.

DIE LINKE in der BVV, sowie unser Bezirksverband möchten Euch herzlich zu unserem **Neujahrsempfang am Freitag, den 13. Januar, um 19 Uhr ins Rathaus Schöneberg, im John F. Kennedy Saal einladen.**

Wir möchten uns bei allen Initiativen und Personen bedanken, mit denen wir in den letzten Jahren politisch zusammengearbeitet haben. Dies war nicht nur ein Erkenntnis-Gewinn für uns, sondern führte vor allem auch zu zahlreichen Anfragen, Anträgen und Einwendungen in der BVV. Bei verschiedenen Punkten konnte auch bei entsprechendem öffentlichem Druck etwas erreicht werden.

Es wird einen kleinen kulturellen Beitrag, Imbiss, Getränke, und viele gute Gespräche geben.

Einwohnerversammlung zu Flüchtlingen in Marienfelde

DIE LINKE.

**Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:**

Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. u. Do: 11 - 18 Uhr
Mo. u. Fr: 11 - 15 Uhr
Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26

e-Mail: bezirk@die-
linke-tempelhof-schoe-
neberg.de

Webseite:

www.dielinke-tempel-
hof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Bezirksvorstand

10. und 24.01.2012
um 19 Uhr

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

09.01. um 19 Uhr

BO Tempelhof

19.01.2011, 19.30

Uhr Happy Budda

BO Arbeit-Soziales

30.01., 19 Uhr

Rotes Kino

6.01.2012 19 Uhr

BO Migration und

Antirassismus

Telefonisch erfragen

Arbeitskreise:

AKK siehe bitte S. 3

Sondertermine:

Inselgespräche

07.01.2012, 15 Uhr

LAG Demokratie und

Bürgerrechte

08.02. um 18.30 Uhr

Rosa Luxemburg

Konferenz

14.01.2012, um 10

LL DEMO:

15.01.2012, Treffen
9.45 Uhr, Frankfurter
Tor; **LL Kranzniederle-**
gung am Landwehr Kan-
nal, Tiergarten, 15 Uhr
Treffen am Olov-Palme-
platz, Elefanten Tor;
Luxemburg Ehrung
am Cranachstr. 15 Uhr

Am 13. Dezember hatte das Bezirksamt durch Stadträtin Klotz (Bündnis 90/Die Grünen) zu einer EinwohnerInnenversammlung in die ehemalige Zentrale Aufnahmestelle für Aussiedler in der Marienfelder Allee eingeladen. Dort, wo bis in die 80er Jahre viele Übersiedler aus der DDR und dann Spätaussiedler Aufnahme und Unterkunft fanden, leben heute 405 Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien, Iran, Irak, Serbien und Somalia in 120 Wohnungen. Die Hälfte der BewohnerInnen ist unter 18 Jahre alt. Vor genau einem Jahr öffnete die Einrichtung, die vom Land eigentlich an den Bund abgegeben werden sollte, erneut, um als Erstaufnahmeeinrichtung Kontingentflüchtlinge und später Asylbewerber aufzunehmen. Die Einrichtung wird heute vom Internationalen Bund (IB) im Auftrag des Landesamtes für Gesundheit und Soziales betrieben.

Vor einem Jahr hatte es bereits anlässlich der Wiedereröffnung eine öffentliche Einwohnerversammlung gegeben. Schon damals regten sich in Teilen der Marienfelder Bevölkerung Ängste, dass mit dem Einzug von Flüchtlingen „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ in Marienfelde „in Gefahr seien“. Im Vorfeld der damaligen Veranstaltung versuchte die NPD mit Briefkastensendungen die Bevölkerung gegen die Flüchtlinge aufzuhetzen. Der Staatssekretär Fritsch sicherte auf der Versammlung am 08. Dezember 2010 dem Bezirksbürgermeister Band zu, dass die Aufnahmestelle nur bis zum Ende dieses Jahres 2011 betrieben und die BewohnerInnenzahl nicht über 250 Personen steigen werde. Nun sah sich der bisherige Senat aufgrund etwas ansteigender Flüchtlingszahlen und fehlender preisgünstiger Wohnungen in der Stadt gezwungen, die BewohnerInnenzahl in Marienfelde bis zum November auf 400 zu erhöhen. Stadträtin Klotz bemängelte während des Abends mehrmals die mangelnde Kommunikation bzw. zu späte Information seitens der ehemaligen Sozialsenatorin Carola Bluhm (DIE LINKE) und ihres Staatssekretärs Fritsch (die beide jedoch nicht mehr im Amt sind! -Anmerkung des Autors). Viele BesucherInnen teilten die etwas überzogen vorgetragene Kritik der Stadträtin,

da z.B. die rechtzeitige Meldung von zu beschuldenden Kindern ohne deutsche Sprachkenntnisse aus dem Übergangwohnheim für die zuständigen Schulen Kiepert-Grundschule oder Teske-Oberschule tatsächlich wichtig ist. Im Laufe der Veranstaltung kamen jedoch auch ressentimentgesteuerte Äußerungen zum Ausdruck. So z.B. die provokatorische Frage, ob und wie viel „integrationsfähige“ Christen unter den „Asylanten“ seien oder warum Gelder für Sprachkurse verschwendet würden, wenn viele Flüchtlinge doch abgeschoben werden. Die nun von Fr. Dr. Klotz vorgetragenen Beschwichtigungen und formalen Bekenntnisse zum (eingeschränkten) Asylrecht im Namen aller Anwesenden waren im Zusammenhang mit dem bisher von ihr Gesagten und den Reaktionen aus dem Publikum weniger überzeugend als die vorgetragenen Fakten der Vertreter des zuständigen Polizeiabschnitts: Durch die präventive und auf sozialen Ausgleich orientierte Zusammenarbeit mit der Heimleitung, Frau Sternal (Internationaler Bund; IB), sind die sozialen Probleme bisher gut bewältigt worden. Das Wohnheim sei kein Ort von besonderer Kriminalität.

Dies hat neben der qualifizierten Betreuungsarbeit durch den IB sicher auch mit den guten Unterbringungsbedingungen in den Wohnungen im Vergleich zu anderen Heimen wie z.B. der „Spandauer Motardstraße“ zu tun.

Wo früher in Marienfelde viele tausend DDR-Bürger Aufnahme fanden, können heute gut 600 bis 700 Menschen ohne Probleme auf dem Gelände mit den relativ großzügigen Sport- und Gemeinschaftsflächen untergebracht werden. Nachdem die Schulen zunehmend der Herausforderung der Förderung der Flüchtlingskinder gerecht werden, jedoch dabei auch weiterhin unterstützt werden müssen, sind auch die anderen zivilgesellschaftlichen Akteure wie die ansässige Evangelische Kirchengemeinde, die Bibliothek oder die Kinder-, Jugend- und Seniorenfreizeiteinrichtungen im Stadtteil gefragt, mit Angeboten auf die von Krieg und sozialem Elend geschundenen Menschen solidarisch zuzugehen.

Carsten Schulz

Neujahrsempfang am Freitag, den 13. Januar, um 19 Uhr im Rathaus Schöneberg, im John Fitzgerald Kennedy Saal, davor, um 17 Uhr, findet eine Veranstaltung zum Thema „Strategien gegen Mieterverdrängung in Tempelhof-Schöneberg“ mit Harald Gindra, unserem Bezirksverordneten der LINKE in Tempelhof-Schöneberg, statt. Gäste sind: Franz Parteder, von der KPÖ (Steiermark), der über die dortigen mietenpolitischen Probleme berichten wird, dem die KPÖ sehr erfolgreich in der Landeshauptstadt Graz entgegengesetzt, sowie Uwe Döring, der wohnungspolitische Sprecher aus dem Berliner Abgeordnetenhaus.

Siehe S. 7

Impressum Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg, Konto: 525 607 806, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Erscheinungsweise: 10-12x jährlich
Auflage: 1.000 Exemplare, **V.i.S.d.P.:** Bezirksvorstand, Carsten Schulz, **Layout:** G. Irazoque, **Druck:** Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion noch des Bezirksvorstandes. **Januarplanung:** 30.11., **Januar-Textabgabetermin:** 16./19.12., **Januar 2012 Schlussredaktion** 21.12.2011., **Februarplanung** 28.12. 2011, **Februar Textabgabetermin** 15. Januar 2012, **Februar Schlussredaktion** 25.01. 2012 **Schlussredaktion der Januar 2012 LUPE** war am 21./28.12.2011. Diese Nummer erscheint voraussichtlich am 31.12.2011